

Arbeitskreis G5

c/o Landesjugendring NRW e.V. • Postfach 22 12 60 • 41435 Neuss

Sprechzettel zur Landespressekonferenz

Datum: Mittwoch, 10. Mai 2006, 13.00 Uhr bis 13.30 Uhr

Raum: E1 - D09 im Landtag

Thema: Volksinitiative zur Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung

- es gilt das gesprochene Wort -

1.) Der überwältigende Zuspruch für die Volksinitiative "Jugend braucht Vertrauen!" aus der Bevölkerung zeigt: Die Kinder- und Jugendarbeit in NRW ist ein wichtiges Thema, bei dem die Politik sich nicht aus der Verantwortung stellen kann!

- Über **250.000 Unterschriften** gegen die Kürzungspolitik der Landesregierung in der Kinder- und Jugendarbeit liegen heute bereits vor. Allerdings wird es auch bei dieser beeindruckenden Zahl nicht bleiben, vielmehr kommen im Koordinierungsbüro der VI täglich weitere tausende Unterschriften an, da viele Listen jetzt erst aus der Prüfung, die die Wahlämter vornehmen, kommen.
- Die meisten Unterschriften wurden in den **Großstädten** gesammelt:
 - Auf Platz 1 liegt **Essen** mit 17.000 gültigen Unterschriften (hier liegt die Quote von 3,8% zudem weit über dem geforderten Maßstab für Volksinitiativen von 0,5% der Wahlberechtigten)
 - **Bochum** liegt mit ca. 15.000 Unterschriften auf Platz 2 (bei 5%),
 - gefolgt von **Duisburg** mit knapp 8.000 Unterschriften (2% der Wahlberechtigten).
- Aber auch in vielen **kleineren Städten und mittelgroßen Städten** ist die Unterstützung enorm. Hier liegt die **Unterschriftenquote** im Vergleich zur Anzahl der Wahlberechtigten oft über 10%, wie bspw. in **Mechernich (14,2%)**
- Über **500 Menschen** haben sich im Koordinierungsbüro der VI registrieren lassen, um als **Vertrauenspersonen** vor Ort die Unterschriftensammlungen zu koordinieren.
- Die Volksinitiative "Jugend braucht Vertrauen!" hat damit eine **Flächendeckung von über 95%** in NRW erzielt, d.h. in fast jedem Ort wurde mit Unterschriften gegen die Kürzungspläne der Landesregierung protestiert.
- Nach den Rückmeldungen vieler Vertrauenspersonen stehen hinter diesen noch **viele weitere tausende Menschen**, die nicht offiziell genannt werden und die sich ehrenamtlich in Unterschriftensammlungen in ihren Familien, ihrem Verein oder auch bei Protestaktionen engagieren.

Geschäftsführung:

Landesjugendring NRW e.V.
Martinstraße 2a
41472 Neuss

Telefon: 02131-46 95-0
Telefax: 02131-46 95-19
email: ljrnrw@t-online.de
http://www.ljr-nrw.de

Briefanschrift:

Arbeitskreis G 5
c/o
Landesjugendring NRW e.V.
Postfach 22 12 60
41435 Neuss

Bankverbindung:

VR Bank e.G
Kto 2 302 521 010
BLZ 305 605 48



Arbeitsgemeinschaft „Haus der offenen Tür“ NRW



Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen



Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit NRW e.V.



Dieser überwältigende Zuspruch aus der Bevölkerung, das Engagement der vielen tausend Menschen, die Volksinitiative großartig unterstützt haben und über 250.000 Unterschriften sind für uns der klare Auftrag, uns auch weiter für die Belange von Kindern und Jugendlichen einzusetzen.

Angesichts der Tatsache, dass die Hauptzielgruppe der Kinder- und Jugendarbeit - Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren - selbst nicht zu den Kürzungen Stellung beziehen kann, sondern darauf angewiesen ist, dass Erwachsene durch ihre Unterschrift für sie Partei ergreifen, ist diese Zahl besonders beeindruckend. In ganz NRW haben sich Kinder und Jugendliche dennoch mit vielen Aktionen für ihre Interessen stark gemacht und viel Unterstützung in der Bevölkerung erfahren.

2.) Rückendeckung erhält die Volksinitiative auch aus den Kommunen: Die Prioritäten der Landesregierung sind falsch gesetzt! Kinder und Jugendliche müssen im Zentrum einer zukunftsfähigen Politik stehen!

- Über 40 Kommunen haben Resolutionen verabschiedet, in denen deutlich Kritik geübt wird an der Entscheidung der CDU/FDP-Landtagsfraktionen, den Kinder- und Jugendbereich zu kürzen. Oft wurden diese Resolutionen mit ausdrücklicher Unterstützung der CDU-Fraktionen verabschiedet - teilweise haben CDU-PolitikerInnen sogar selbst Unterschriften für die Volksinitiative gesammelt.
- Die generelle Entscheidung der Regierungskoalition zu Haushaltskonsolidierungen wird dabei gar nicht in Frage gestellt. Dennoch kritisieren die Kommunalpolitiker aller Parteien die falsche Prioritätensetzung der Landesregierung, die Kinder und Jugendliche zu einer marginalen Randgruppe abstempelt.

3.) Die Ankündigung der Koalitionsspitzen, den Kinder- und Jugendförderplan doch zu kürzen, zeigt deutlich die Ignoranz der Politik gegenüber den Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie dem Votum eines Großteils der Bevölkerung!

Die Ankündigung der Koalitionsspitzen, den Kinder- und Jugendförderplan trotz erfolgreicher Volksinitiative auf einem Niveau von 75 Millionen Euro einzufrieren und damit das Anliegen der Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen!“ zu ignorieren, ist in weiten Teilen der Bevölkerung und besonders bei den Kindern und Jugendlichen mit großer Enttäuschung aufgenommen worden.

Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, kommentierte seine Entscheidung nach Angaben der NRZ mit den Worten „Schlaraffenland ist abgebrannt“. Die Einschätzung, dass die Kinder- und Jugendarbeit bisher im „Schlaraffenland“ gelebt habe, wurde von vielen Menschen geradezu als zynisch empfunden. Die Kinder- und Jugendarbeit muss seit vielen Jahren immense Kürzungen verkraften, die bereits zur Schließung von Einrichtungen und dem Streichen von Angeboten geführt haben. Zudem ist diese Behauptung ein Schlag ins Gesicht der vielen Ehrenamtlichen, die sich mit geringsten Mitteln und großem persönlichen Engagement für Kinder und Jugendliche einsetzen.

Die Ankündigung, ein mit 4,5 Mio. Euro ausgestattetes „Sonderprogramm“ für Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten aufzulegen, werten die Initiatoren der Volksinitiative als reine Alibientscheidung wahrgenommen, die nur auf kurzfristige Showeffekte abzielt, anstatt die funktionierende Kinder- und Jugendarbeit vor Ort zu unterstützen.

4.) Offener Appell an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers

Bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident des Landes NRW hat sich Dr. Jürgen Rüttgers das große Ziel gesetzt, Nordrhein-Westfalen zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland zu machen. Wir haben uns sehr gefreut, zu hören, dass ihm als Landesvater das Wohl der Kinder und Jugendlichen in NRW am Herzen liegt und er Kinder in den Mittelpunkt seiner Regierungspolitik stellen will. Das Jahr 2006 hat Herr Rüttgers zum Jahr des Kindes ausgerufen - ein bedeutendes Signal, von dem wir uns auch eine klare politische Prioritätensetzung erhofft haben.

Wir wenden uns heute in einem Offenen Appell an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers mit der Bitte, er möge sich entsprechend seines selbst formulierten Ziels in die verfahrenen Haushaltsdebatten einmischen und eine Lanze für die Kinder und Jugendlichen in NRW brechen.

Das Einhalten des Versprechens, der Kinder- und Jugendarbeit die gesetzlich verankerten 96 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, ist ein Symbol, mit dem Herr Rüttgers deutlich machen kann, dass Politik ihren eigenen Fürsorgeauftrag gegenüber Kindern und Jugendlichen ernst nimmt und glaubwürdig bleiben will.

Als Landesvater kann er das Signal dafür geben, dass Kinder und Jugendliche tatsächlich Vertrauen in politische Entscheidungen haben können, damit sie die eigene Zukunft optimistisch und zuversichtlich planen zu können.

5.) Weitere Planungen der Volksinitiativen-Initiatoren

- Die vielen positiven Rückmeldungen bestärken und motivieren uns als Initiatoren der Volksinitiative, auch nach den Kürzungsentscheidung der Fraktionsspitzen nicht locker zu lassen, sondern uns weiterhin im Interesse von Kindern und Jugendlichen in die politischen Diskussionen einzumischen.
- Die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen!“ endet daher nicht beim formalen Beschluss des Landtags zu ihrem Anliegen. Wir werden die Politik der Landesregierung bis zur nächsten Kommunalwahl 2009 bzw. Landtagswahl 2010 intensiv begleiten. Mit vielen kreativen Elementen und Aktionen werden wir die Regierungsparteien daran erinnern, dass sie ihr Versprechen gegenüber den Kindern und Jugendlichen gebrochen haben und dass sie sich das Vertrauen in ihre Glaubwürdigkeit erst hart zurück erobern müssen.
- Darüber hinaus wird derzeit geprüft, welche weiteren demokratischen Mittel genutzt werden können. Dazu werden Gespräche mit möglichen Bündnispartnern geführt, die uns in unserem Anliegen, die Kinder- und Jugendarbeit in NRW finanziell besser abzusichern, unterstützen.